

«Ein einzelnes Ereignis kann einen Wahlausgang beeinflussen»

Das Wahlresultat in Baden-Württemberg wurde laut zahlreicher Medien von den Ereignissen in Japan beeinflusst. Das «Vaterland» befragte Wilfried Marxer, Politikwissenschaftler am Liechtenstein-Institut, über den Einfluss von globalen Ereignissen auf regionale Wahlen.

Mit Wilfried Marxer sprach Stefan Batliner

Herr Marxer, Winfried Kretschmann wird voraussichtlich der erste grüne Ministerpräsident in Deutschland. In den letzten Wochen sah es nicht nach einem Wahlsieg der Grünen in einem traditionellen CDU-Bundesland aus. Medien und Politiker sprechen der Atomenergiedebatte grossen Einfluss auf den Wahlausgang zu. Wie stark kann ein einzelnes aktuelles Ereignis eine Wahl beeinflussen? Wilfried Marxer: Ein einzelnes Ereignis kann einen Wahlausgang tatsächlich beeinflussen. Meist sind das aber eher nationale oder regionale Vorkommnisse. Bei den Bundestagswahlen 2002 hat das überzeugende Krisenmanagement beim Elbehochwasser bekanntlich Kanzler Schröder in letzter Minute eine zweite Amtszeit beschert. Bei internationalen Ereignissen braucht es dazu schon einen ausserordentlichen Schock wie etwa die Reaktorkatastrophe in Japan. Dies fiel in Deutschland auf politisch fruchtbaren Boden, weil es parteipolitisch in der Frage der Sicherheit, der Laufzeiten und des Ausbaus oder Ausstiegs bereits eine starke Kontroverse gab. Mit dem Reaktorunglück in Japan landete dieses Thema in Deutschland plötzlich zuoberst auf der Agenda und hatte starken Einfluss auf den Wahlausgang am letzten Sonntag. Das allein erklärt den Wahlausgang in Baden-Württemberg aber noch nicht.

Ist die Atomenergie und allgemein die

Radioaktivität ein besonderes Problem oder könnte ein grosses Tankerunglück Grüne vergleichbar in Front bringen?

Zwischenfälle im Zusammenhang mit Atomenergie – die weniger spektakulären Störungen ausgenommen – haben zusätzlich zwei Besonderheiten: Erstens hat Radioaktivität immer etwas Unheimliches an sich, weil sie nicht sichtbar ist und daher die Menschen verängstigt. Und zweitens sind Zwischenfälle bei Atomkraftwerken, wenn sie über die Störungen hinausgehen, sehr folgenschwer und können dicht bevölkerte Gebiete oder auch mehrere Kontinente mit einbeziehen. Tankerunglücke und Zwischenfälle bei der Erdölgewinnung erlangen auch mediale Präsenz, aber sie führen nicht dazu, dass der Erdölkonsum als solcher in Frage gestellt wird, weil die persönliche Betroffenheit anders ist.

Sie sagten, dass Fukushima den Sieg der Grünen nicht allein ermöglichte. Welche anderen Faktoren spielten mit?

Die Auseinandersetzung um das Bahnprojektt Stuttgart 21, als etwa im September 2010 auch konservative, bürgerliche Demonstranten verprügelt wurden, war am letzten Wochenende noch nicht vergessen. Hinzu kommt, dass der scheidende Ministerpräsident in einen Energiebetrieb investierte, dessen Energie zu über 50 Prozent aus Atomkraftwerken stammt. Vor dem GAU in Japan konnte ein Politiker, der sich für Atomenergie einsetzte, noch mit der CO₂-Bilanz punkten. Atomkraftwerke sind jetzt aber desavouiert. Ich gehe davon aus, dass in Zukunft keine Partei mehr in Deutschland mit der Atomkraft auf Stimmenfang gehen will.

In einem föderalen System gibt es ausserdem vielfach bundespolitische Effekte, die Wahlscheidungen auf Länderebene beeinflussen. Die schwarz-gelbe Koalition in Berlin hat in letzter Zeit nicht gerade gegläntzt,



Wilfried Marxer, Politologe am Liechtenstein Institut: «Bei uns staut sich der Frust der Wähler über eine bestimmte Politik nicht bis zu den nächsten Parlamentswahlen an.»

Bild Daniel Schwendner

sondern ebenfalls die Oppositionsparteien in den Ländern beflügelt. Schliesslich ist noch zu beachten, dass die Wahlbeteiligung in Baden-Württemberg am letzten Wochenende gegenüber den letzten Wahlen um fast 13 Prozentpunkte gestiegen ist. Es ist davon auszugehen, dass diese zusätzliche Mobilisierung vor allem Unzufriedene betraf, die an der Urne ihren Unmut ausdrückten und gegen die amtierenden Parteien votierten. Man könnte aber noch mehr Gründe anführen.

Unterstützen Sie die These, dass die Wahlen in Baden-Württemberg einer Volksabstimmung über die Atomenergie gleichzusetzen sind?

Das würde ich in der Tendenz so se-

hen, aber ergänzen, dass dies nicht das einzige wahlentscheidende Thema war.

Können Sie weitere von den regionalen Politikern nicht beeinfluss- und berechenbare Eventualitäten ausserhalb eines Herrschaftsgebietes nennen, die ähnliche Umwälzungen der politischen Mehrheitsverhältnisse verursachen?

Die Anschläge auf das World Trade Center in New York hatten sicher das Potenzial dazu. Solche Ereignisse unterstützen eher Law-and-order-Parteien. Während der Finanz- und Wirtschaftskrise konnte man auch feststellen, dass bestimmte Themen und Zielsetzungen unvermittelt an Wichtigkeit gewannen und jenen Parteien Zuge-

winne brachten, denen man zutraute, mit der neuen Situation am besten umzugehen. Das haben die FBP und die Freie Liste bei den Landtagswahlen 2009 negativ, die VU positiv zu spüren bekommen.

Wäre eine «Denkzettel-Wahl» wie in Baden-Württemberg auch in Liechtenstein denkbar, wenn es um ein Themenfeld ginge, auf welches die Politiker direkt Einfluss nehmen können?

Unser politisches System unterscheidet sich substanzial von deutschen durch die Volksabstimmungen. Bei uns staut sich der Frust der Wähler über eine bestimmte Politik nicht bis zu den nächsten Parlamentswahlen an. Eine Vorlage kann mit einer Volksabstimmung gekippt werden, sodass ein Ventil gegeben ist. Das bringt eine gewisse Entlastung bei den Wahlen. Es ist tatsächlich so, dass sich die Wählerinnen und Wähler bei Abstimmungen nur beschränkt an die Empfehlungen ihrer Stammpartei halten. Man kann also in der Sache gegen die Partei stimmen, der man normalerweise am nächsten steht und sie bei den nächsten Wahlen trotzdem unterstützen.

Sie sagten, dass in Deutschland die Atomkraftwerke schon lange in der Kritik standen und die Gegner daher nach dem GAU in Japan mit vielen Wählern rechnen konnten. Gibt es in Liechtenstein ein ähnliches Potenzial, um mit Themen aus dem Bereich Energie zu punkten?

Solch ein Potenzial sehe ich in Liechtenstein nicht, weil alle drei Parteien für erneuerbare Energien eintreten und sich kein Lager für Atom- oder Kohlekraft starkmacht. Die Energiefrage polarisiert also nicht so stark wie in Deutschland, die Parteien unterscheiden sich diesbezüglich eher graduell als prinzipiell. Eine Kontroverse könnte neu entstehen, wenn Pläne für ein Rheinkraftwerk reaktiviert würden. Es ist allerdings offen, wie sich die Parteien diesbezüglich positionieren würden.